

sein herzkranker Wandergefährte eineinhalb Jahre vergeblich kämpfte: die Zuständigkeiten für Bonns Hilfe an unterentwickelte Länder in seinem Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zu vereinigen.

Bisher wurden deutsche Entwicklungsgelder (bis 1967: 20,9 Milliarden Mark aus öffentlichen Kassen) außer von Wischnewski auch vom Wirtschaftsminister, Landwirtschaftsminister, Postminister sowie vom Bundespresseamt verplant.

Karl Schiller hatte sich mehrfach mit dem Genossen „Ben Wisch“ gezankt. Noch vor einem Vierteljahr

## „TRANSALL“

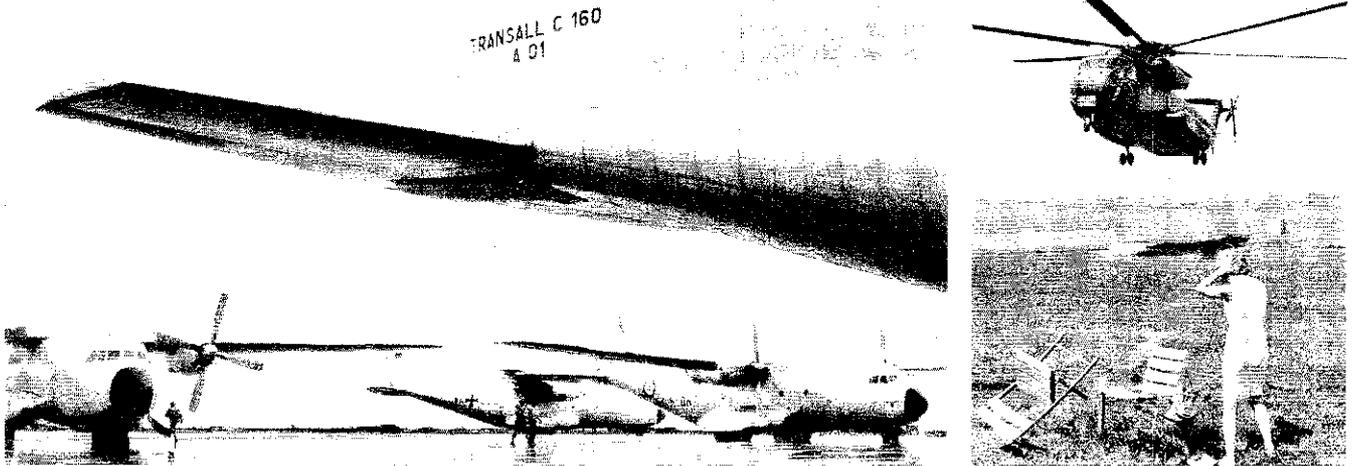
### Einfach einmotten

Bundesdeutschlands westeuropäische Waffenbrüder erwarten einen Bonner Sommerschlußverkauf in militärischer Hartware. Sie spekulieren auf Ramschpreise für funkelneue Transportflugzeuge.

Diese Spekulation gründet sich auf eine Fehlplanung der Bonner Rüstungsbeschaffer. Sie beschert Westdeutschlands Wehr in den nächsten Jahren eine Transportflotte von Big-Lift-Ausmaßen, die bislang schon 2,65 Milliarden Mark verschlang und mit

tionen in die Vorbereitung der Serienproduktion investiert hatte, und auch der französische Partner sträubten sich.

Sie stellten Bonn vor die Wahl, entweder die vertraglich vereinbarte Zahl von 110 Maschinen abzunehmen oder bis spätestens 1. Oktober 1968 die deutsche „Transall“-Serie zu kürzen und dafür Ausfallzahlungen in Höhe von 320 Millionen Mark zu übernehmen. Der Preis für eine „Transall“ inklusive der erforderlichen Ersatzteil-Grundausrüstung hatte sich seit 1963 von etwa 14 auf über 20 Millionen Mark erhöht.



Bundeswehr-Transporter „Transall“, Sikorsky CH-53 A: Käufer gesucht

stritten sich die beiden SPD-Minister lauthals in der Lobby des Bonner Bundesrates über Kompetenzfragen der sogenannten Technischen Hilfe.

Im März dieses Jahres ließ Wischnewski den BMZ-Ministerialdirektor Dr. Ulrich Börnstein für das Kabinett eine Vorlage ausarbeiten, in der die Entflechtung der Zuständigkeiten und die Gründung eines „Bundesamtes für Entwicklungshilfe“ verlangt werden.

Der neuen Superbehörde soll vor allem die Abteilung IV des „Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft“ angegliedert werden, die derzeit noch SPD-Wirtschaftsprofessor Karl Schiller untersteht. Sie steuert jenen Teil der Technischen Hilfe, der Wischnewski bisher eifersüchtig vorenthalten blieb: den Betrieb von Gewerbeschulen und den Einsatz deutscher Gutachter in der Dritten Welt.

Zu dem Bundesamt für Entwicklungshilfe soll außerdem die bislang unabhängige „Deutsche Förderungsgesellschaft für Entwicklungsländer“ in Frankfurt gehören, die 1200 westdeutsche Entwicklungshelfer unter Vertrag hält. Schließlich will sich das BMZ auch die Dokumentationsabteilung der „Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer“ in Bonn einverleiben.

Eppler hofft, daß ihm die neuen Kompetenzen zufallen, sobald er am 2. Oktober seinen Amtseid geleistet haben wird. Aus Wischnewskis 321 BMZ-Beamten und Angestellten wäre dann eine Mannschaft von doppelter Stärke geworden.

der die Luftwaffe wenig anzufangen weiß.

Am 23. Oktober 1963 bewilligte der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages auf Betreiben des damaligen Luftwaffen-Inspektors, des Generals Panitzki, die Anschaffung von insgesamt 110 gemeinsam mit Frankreich entwickelten Transportmaschinen des Typs C 160 „Transall“.

Das bullige Flugzeug ist mit einer Spannweite von 40 Metern und einer Zuladekapazität von 16 Tonnen der größte zweimotorige Transporter der Welt. Es sollte vor allem dem Heer dienen, das damit Menschen, Material und Treibstoff in die Kampfzone befördern wollte.

Knapp fünf Jahre nach der Entscheidung entdeckte das Heer jedoch eine bessere Lösung seiner Transportprobleme: Inspekteur Josef Moll verlangte den Kauf von 135 Transporthubschraubern des Typs Sikorsky CH - 53 A, die nun auch nicht der Luftwaffe zugewiesen, sondern von Heeresfliegern bedient werden sollten.

Verteidigungsminister Gerhard Schröder und der Bundestags-Verteidigungsausschuß billigten die neue Anschaffung — zum Preis von 10,37 Millionen Mark je Hubschrauber, einschließlich Ersatzteil-Grundausrüstung und Umschulungskosten für die Piloten.

Zuvor hatte der Minister vergebens versucht, die Luftwaffe von ihrem „Transall“-Obligo zu befreien. Doch die deutsche Industrie, die bereits Mil-

Schröder entschied sich für die Ware: 90 Maschinen teilte er der Luftwaffe zu. Für die restlichen 20 Transporter sucht er nun potente und honorige Käufer.

Zwar gibt es genügend Interessenten für Kriegsgerät dieser Art, doch fehlt es ihnen entweder an Geld, oder sie leben in Spannungsgebieten, die nach dem Nato-Reglement und dem deutschen Kriegswaffengesetz für den Waffenexport tabu sind.

Nun konzentrieren sich alle Hoffnungen auf die Nato-Partner Belgien, Dänemark und Griechenland, denen ein Transporterbedarf von etwa 30 bis 32 „Transall“ zugerechnet wird. Auch die marokkanische Luftwaffe zeigt sich interessiert. König Hassan II. will den Riesenvogel selber testfliegen.

Die Nato-Kameraden freilich lassen sich mit ihrer Entscheidung Zeit. Sie glauben, daß der Bonner Bund sich im Laufe des Sommers schließlich bereit finden werde, die überschüssigen 20 Maschinen unter Preis zu verschleudern.

Denn die Industrie — für den Export zeichnet ein gemeinsames Büro der Hamburger Flugzeugbau (HFB) und der Bremer Vereinigten Flugzeugtechnischen Werke (VFW) verantwortlich — offeriert das „Transall“-Exemplar schon heute zum Billigpreis von acht bis zehn Millionen Mark, allerdings ohne Ersatzteil-Zugabe.

Aber selbst wenn es Bund und Industrie gelingen sollte, die überschüssigen 20 Maschinen zu verhöckern —

der Luftwaffe wäre damit nicht geholfen. Ihr „Transall“-Bedarf nämlich ist weit geringer als jene 90 Maschinen, die Schröder ihr zugewiesen hat und die 7290 Soldaten auf einmal liften können. Zwei Drittel würden genügen.

Führungstäbler der Luftwaffe sind deshalb auf die Idee gekommen, mindestens 20 der unerwünschten „Transall“-Transporter, die ihr bis Ende 1971 geliefert werden, einfach einzumotten — für den Ernstfall.

**NAHOST-SPENDE**

**Heiße Schokolade**

Am Jahrestag des israelischen Blitzsieges über die Araber kabelaete Bonns Botschafter in der jordanischen Hauptstadt Amman, Hans-Joachim Hille, die alarmierende Nachricht an den Rhein: König Hussein mag keine deutsche Schokolade — nicht einmal geschenkt.

In einem Lagerhaus des Mittelmeerrhafens Beirut vergammeln seit Dezember vergangenen Jahres 100 000 Tafeln feine Zartbitter-Schokolade bei einer Temperatur von durchschnittlich 26 Grad Celsius. Deutsches Geltungsbewußtsein und arabischer Nationalstolz haben zuschanden gemacht, was deutsche Winterhilfe Gutes tun wollte.

Vor Jahresfrist — am 16. Juni 1967 — hatte der hannoversche Süßwarenfabrikant Bernhard Sprengel eine neue Produktionsstraße in seiner

Schokoladenfabrik eingeweiht und zur Feier des Tages 100 000 Tafeln Schokolade für israelische und jordanische Kinder gespendet. Wert: 68 000 Mark.

Bernhard Sprengel tat ein übriges. In einer vaterländischen Aufwallung ließ er die rot-goldenen Normalpackungen seiner Schokolade mit dem Absender überdrucken: „Deutsches Rotes Kreuz — Bundesrepublik Deutschland — Bonn.“ Dies in arabisch, deutsch und hebräisch. Sprengel-PR-Chef Gentgen: „Die sollen ruhig wissen, daß wir Deutschen was für sie tun.“

Im Dezember endlich traf die Ware — seefest verpackt — per Schiff im Orient ein. Und fortan blieb sie verschollen — bis letzten Monat das Kabel des Botschafters Hille in Bonn ankam. Bei einem Cocktail-Empfang in Amman hatte Hille erfahren, daß die Araber die Annahme der Spendenkisten verweigerten, weil sie Schokolade in Packungen mit hebräischer Beschriftung nicht haben wollten.

Botschafter Hille telegraphierte, durch den Lapsus, die Schokolade in den Sprachen der verfeindeten Araber und Israelis zu betexten, sei die gute Absicht verdorben worden. Die Süßspeise habe dem deutschen Ansehen nun eher geschadet als genützt.

Genau siebzehn Tage nach Eingang dieser Depesche benachrichtigte das Bonner AA das Rote Kreuz von der Panne. Und dort soll nun geprüft werden, ob die Schokolade überhaupt noch zu retten ist. Sprengels Gentgen: „Bei günstigen Lagerbedingungen hält sich die Zartbitter-Sorte etwa sechs Monate.“

Wenngleich diese Frist schon verstrichen ist, wollte das Rote Kreuz zunächst die mohammedanische Schwester-Organisation „Roter Halbmond“ per Luftpost bitten, sie möge die Araber überreden, die Schokolade trotz Feindeschrift doch noch abzunehmen. Rot-Kreuz-Referent Schmelting vom DRK-Präsidium in Bonn: „Ein Telegramm müßte ja sehr ausführlich sein. Und das käme zu teuer.“

Doch selbst das Luftpost-Porto blieb dem DRK erspart. Letzte Woche bot ein rheinischer Karosserie-Fabrikant, der über gute Verbindungen im Orient verfügt, seine Vermittlung an und schickte einen seiner Mitarbeiter per Flugzeug nach Beirut, um die heiße Schokolade doch noch an die Araber zu bringen.



Strauß-Berater Bloemer „Außenpolitischer Striptease“

„das freie Deutschland... in einem außenpolitischen Striptease alles dessen begeben, was es an Rechten noch am Leibe trägt“.

Jetzt wird in der CSU gestript: Klaus Bloemer, 47, seit 1964 außenpolitischer Berater von Parteichef Franz-Josef Strauß, vertritt neuerdings Deutschland-Thesen, die bislang nur linke Liberale oder linke Sozialisten vorgebracht haben.

In einem Artikel für die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ plädierte der von der CSU besoldete Strauß-Intimus Bloemer für

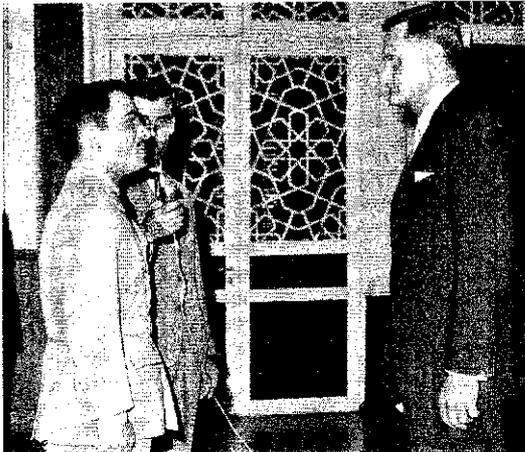
- ▷ die rechtsverbindliche Anerkennung der DDR und
- ▷ die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze — „mit dem Zusatz... daß wir in diesem Akt eine Zwischenregelung auf dem Wege zum Abbau von Staatsgrenzen im europäischen Raum überhaupt sehen“ (siehe Auszug Seite 26).

Schon vor Jahren dämmerte dem studierten Mediziner, späteren Illustrierten-Chef und Presse-Attaché: „Den Traum, unser hochindustrialisiertes 73-Millionen-Volk in einem nationalstaatlichen Rahmen wieder vereinigt zu sehen, sollten wir uns aus dem Kopf schlagen.“

Und wie der Berater, so sah es 1966 auch der Chef Franz-Josef Strauß: „Es müssen... in Europa Verhältnisse geschaffen werden, die es erlauben, ein vereinigt deutsches Potential so zu absorbieren, daß sein unvermeidliches Übergewicht das Zusammenleben der europäischen Völkerfamilie nicht belasten kann.“

Statt die europäische Frage zu germanisieren, möchte Bloemer die deutsche Frage europäisiert sehen. So ersann er Ende vergangenen Jahres eine westeuropäische Konföderation, der gleichberechtigt beide deutsche Staaten angehören sollten.

Damals kommentierte CSU-Sprecher Helmut Rülke: „Es ist die rein private



Adressat Hussein, Vermittler Hille „Die sollen ruhig wissen...“

جسب الأحمر الألماني جمهورية ألمانيا الاتحادية  
Deutsches Rotes Kreuz - Bundesrepublik Deutschland - Bonn  
הצלב האדום הגרמני הרפובליקה הפדרלית של גרמניה בון



**SPRENGEL**

Abgewiesene Spende ... daß wir Deutschen was für sie tun“

**PARTEIEN**

**DDR-ANERKENNUNG**

**Wie Schneeflocken**

Richard Jaeger, rechter Flügelmann der CSU, warnte unlängst: „Wer die völkerrechtlich unangreifbare Position der Reichsgrenzen von 1937“ aufgabe, „verschleudert die Lebensrechte unseres Volkes“.

Und als „folgenschersten Fehler... den wir begehen könnten“, bezeichnete der CSU-Mann „die Anerkennung der Sowjetzone als zweiten deutschen Staat“. Denn dann werde sich